



Antrag

der Fraktion der SPD

Hitzeschutz aktiv gestalten – Bevölkerung schützen

Der Landtag wolle beschließen:

Der Schleswig-Holsteinische Landtag stellt fest, dass die Landesregierung seit dem letzten Beschluss zum Thema Hitzeschutz in 2024 keinen integrierten „Landesaktionsplan Hitzeschutz“ zur Begegnung der extremen Wetterlagen mit großer Hitze erarbeitet hat.

Der Schleswig-Holsteinische Landtag fordert daher die Landesregierung erneut auf, einen Hitzeaktionsplan für Schleswig-Holstein gemeinsam mit den Kommunen und betroffenen Akteuren zu entwickeln und folgende Handlungsfelder dabei insbesondere zu berücksichtigen.

Hitzeschutz in Krankenhäusern gezielt stärken

Der Landtag stellt fest, dass Krankenhäuser zur Kritischen Infrastruktur gehören. Zugleich zeigen zunehmende Hitzeperioden, dass viele Gebäude und Versorgungsstrukturen auf die Folgen des Klimawandels noch nicht ausreichend vorbereitet sind. Der Schleswig-Holsteinische Landtag fordert daher die Landesregierung auf, den Hitzeschutz in Krankenhäusern gezielt zu stärken und die Träger bei notwendigen Investitionen zu unterstützen.

Insbesondere soll die Landesregierung:

- gemeinsam mit den Krankenhausträgern einen landesweiten Bedarf an Klimaanpassungsmaßnahmen erheben,
- ein Förderprogramm für bauliche und technische Hitzeschutzmaßnahmen in Krankenhäusern auflegen,
- die Erstellung und Umsetzung von Hitzeschutzkonzepten unterstützen,
- Klimaanpassung und Hitzeschutz als verbindliche Kriterien bei der Krankenhausplanung und Krankenhausförderung berücksichtigen und
- entsprechende Standards gemeinsam mit den Krankenhausträgern weiterentwickeln.

Förderprogramm für klimaresiliente Pflegeeinrichtungen schaffen

Der Landtag stellt fest, dass pflegebedürftige Menschen besonders stark von Hitze betroffen sind. Pflegeeinrichtungen benötigen daher gezielte Unterstützung, um den Schutz ihrer Bewohnerinnen und Bewohner sicherzustellen.

Der Schleswig-Holsteinische Landtag fordert daher die Landesregierung auf,

- ein Förderprogramm für die Klimaanpassung stationärer und ambulanter Pflegeeinrichtungen aufzulegen und Investitionen in die Klimaanpassung zu unterstützen,
- die bestehenden Empfehlungen und Musterhitzeschutzpläne zu einem landesspezifischen, sektorenübergreifenden Musterplan für Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen weiterzuentwickeln,
- die Erstellung und Umsetzung von Hitzeschutzkonzepten in der Pflege fachlich zu unterstützen,
- Mindeststandards für Prävention, Warnung und Akutmaßnahmen zu definieren und
- regelmäßig zu erfassen, welche Einrichtungen über entsprechende Konzepte verfügen.

Schutz vulnerabler Gruppen verbessern

Der Landtag stellt fest, dass ältere Menschen, chronisch Kranke, Menschen mit Behinderungen, Schwangere, Kinder und Jugendliche, obdachlose Menschen, sozial isolierte Personen sowie alleinlebende Seniorinnen und Senioren und pflegebedürftige Menschen besonders von den gesundheitlichen Folgen extremer Hitze betroffen sind.

Der Schleswig-Holsteinische Landtag fordert daher die Landesregierung auf,

- eine ressortübergreifende Strategie zum Schutz vulnerabler Gruppen bei Hitze zu entwickeln,
- Kitas, Schulen, Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe sowie weitere Bildungs- und Freizeittorte für Kinder und Jugendliche bei der Entwicklung und Umsetzung geeigneter Hitzeschutzmaßnahmen zu unterstützen,
- kommunale Netzwerke zur Unterstützung besonders gefährdeter Menschen zu fördern,
- die Einrichtung von niedrigschwelligen Kühl- und Aufenthaltsräumen zu fördern,
- Trinkwasserangebote im öffentlichen Raum auszubauen,
- mobile Hilfsangebote für besonders gefährdete Menschen zu unterstützen,
- Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen bei der Ansprache von Risikogruppen zu unterstützen,
- Besuchs- und Kontaktangebote für alleinlebende ältere Menschen während Hitzeperioden zu stärken,
- geeignete Informations- und Beratungsangebote bereitzustellen und
- bestehende Hitzeschutzmaßnahmen regelmäßig auf ihre Wirksamkeit für vulnerable Gruppen zu überprüfen.

Handlungsempfehlungen für Veranstaltungen bei Hitze entwickeln

Der Landtag stellt fest, dass öffentliche Veranstaltungen zunehmend unter Bedingungen extremer Hitze stattfinden. Veranstalter und Kommunen benötigen hierfür klare Orientierung.

Der Schleswig-Holsteinische Landtag fordert daher die Landesregierung auf,

- gemeinsam mit Kommunen und Veranstaltern Handlungsempfehlungen für Veranstaltungen bei hohen Temperaturen zu erarbeiten,
- Empfehlungen zur Bereitstellung von Trinkwasser und Schattenflächen vorzulegen,
- Hinweise zu medizinischer Vorsorge und Notfallplanung zu entwickeln und
- Möglichkeiten zur Anpassung von Veranstaltungszeiten bei Hitzewarnungen zu prüfen.

Hitzeschutzkommunikation ausbauen

Der Landtag stellt fest, dass Informationen zum Hitzeschutz alle Menschen erreichen müssen. Besonders ältere Menschen und andere Risikogruppen werden über digitale Angebote allein häufig nicht ausreichend erreicht.

Der Schleswig-Holsteinische Landtag fordert daher die Landesregierung auf,

- eine landesweite Informationskampagne zum Hitzeschutz durchzuführen,
- Informationen verstärkt über Arztpraxen, Apotheken, Pflegeeinrichtungen, Kommunen und öffentliche Einrichtungen bereitzustellen,
- mehrsprachige Informationsmaterialien anzubieten,
- die Bekanntheit bestehender Warnsysteme weiter zu erhöhen und
- zielgruppenspezifische Kommunikationsstrategien für vulnerable Gruppen zu entwickeln.

Arbeitsschutz bei Hitze stärken

Der Landtag stellt fest, dass Beschäftigte in zahlreichen Branchen zunehmend unter gesundheitlichen Belastungen durch Hitze leiden. Arbeitsschutz muss deshalb stärker an die Folgen des Klimawandels angepasst werden.

Der Schleswig-Holsteinische Landtag fordert daher die Landesregierung auf,

- den betrieblichen Hitzeschutz stärker in den Fokus der Arbeitsschutzaufsicht zu nehmen,
- sich auf Bundesebene für weiterentwickelte Regelungen zum Hitzeschutz am Arbeitsplatz einzusetzen und
- gemeinsam mit Sozialpartnern und Berufsgenossenschaften Präventionsangebote auszubauen.

Der Schleswig-Holsteinische Landtag begrüßt die Vorschläge in der Bundesregierung, einen nationalen Hitzeaktionsplan zu erarbeiten, im Grundgesetz eine neue Gemeinschaftsaufgabe Klimaanpassung zu verankern sowie Förderinstrumente des Bundes in einem „Sofortprogramm Klimaanpassung und Hitzeschutz“ zu bündeln und damit größere Änderungen an Gebäudehüllen sozialer Einrichtungen wie Kitas und Pflegeheime zu ermöglichen. Der Schleswig-Holsteinische Landtag fordert die Landesregierung auf, sich für diese Vorschläge auf Bundesebene einzusetzen.

Begründung:

Im Sommer 2026 wurden erneut viele Hitzerekorde gebrochen. Ungewöhnlich früh, schon im Juni, konnten vielerorts Temperaturen jenseits von 40 Grad Celsius gemessen werden. Auch in Schleswig-Holstein sind die veränderten klimatischen Bedingungen immer deutlicher zu spüren. Damit einher gehen nicht nur Schäden und eine große Belastung für die Natur und unsere Städte, insbesondere Menschen, die krank oder auf Pflege angewiesen sind, oder sich in prekären Lebenslagen befinden, sind überdurchschnittlich und teils lebensbedrohlich davon betroffen. Der Schleswig-Holsteinische Landtag stellte bereits am 18.07.2024 fest, dass Wetterextreme erhebliche Gefahren für die Bürgerinnen und Bürger des Landes darstellen und beschloss die Erarbeitung eines landesweiten „Aktionsplan Hitzeschutz“. Bislang liegt kein ressortübergreifender Landesaktionsplan vor, während die Klimafolgen von Jahr zu Jahr gravierender werden.

Bund, Länder und Kommunen müssen dauerhaft besser zusammenarbeiten und ausreichend Unterstützung erhalten, um die Folgen zunehmender Hitzewellen zu bewältigen. Eine Gemeinschaftsaufgabe Klimaanpassung im Grundgesetz und ein nationaler Hitzeaktionsplan sind dafür wichtige Schritte.

Birte Pauls

und Fraktion